Zeitschrift: Schweizer Heimwesen : Fachblatt VSA Herausgeber: Verein für Schweizerisches Heimwesen

Band: 62 (1991)

Heft: 9

Artikel: Zum Abschluss unserer Berichterstattung aus Solothurn:

Interessenvertretung und Solidarität im politischen Alltag

Autor: Ritschard, Rolf

DOI: https://doi.org/10.5169/seals-810345

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 11.12.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

Interessenvertretung und Solidarität im politischen Alltag

Referat von Herrn Regierungsrat Rolf Ritschard (erweiterte schriftliche Fassung) anlässlich der Jahresversammlung des Vereins für Schweizerisches Heimwesen vom 15. Mai 1991 in Solothurn

Vorbemerkung

Ich vertrete nicht den solothurnischen Regierungsrat; ich erhebe keinen Anspruch auf Objektivität und schon gar nicht auf Ausgewogenheit, sondern vertrete meine persönliche Meinung.

Was ist überhaupt Solidarität?

Das Wort Solidarität geht uns leicht von den Lippen, vor allem uns Politikern und Politikerinnen. In der Praxis zeigt es sich, dass wir alle relativ inflationär mit dem Begriff umgehen. Er hat einen festen Platz in der Praxis und vor allem in der Rhetorik. Sie hören und lesen ihn täglich in den Medien und man kann sich mit gutem Grund fragen, ob dieser Begriff nicht zu einer Modeerscheinung geworden ist.

In einer Schrift von Ludwig Marcuse, «Die Utopie und das Individuum», steht: «Die Geschichte der Sehnsucht nach Solidarität zwischen Mensch und Mensch, zwischen Gruppe und Gruppe ist lang – voll von glänzenden Gestalten und den aufregendsten Abenteuern.» Die literarische Geschichte dieser Sehnsucht lässt sich zurückverfolgen – etwa bis zum Propheten Jessaia, der verhiess: «Die Wölfe werden bei den Lämmern wohnen und die Pardel bei den Böcken liegen. Ein kleiner Knabe wird Kälber, junge Löwen und Mastvieh miteinander treiben.» Diese Sätze gehören zu den frühesten Beschreibungen der klassenlosen Gesellschaft. Der Prophet Jessaia hat damit sicher zum Ausdruck gebracht, was wir unter einer solidarischen Gesellschaft verstehen können.

Wer sich mit dem Gedanken der Solidarität intensiv auseinandersetzt, läuft aber Gefahr, ins Abstrakte und Philosophische abzugleiten.

Das Wort Solidarität ist ein Synonym für Zusammengehörigkeitsgefühl und für Übereinstimmung in der Sache. Diese Einheit kann in der Solidarität der Gesinnung (Gruppenbewusstsein) oder des Handelns (persönliche Hilfsbereitschaft) bestehen. Auch für mich bedeutet Solidarität völlige Übereinstimmung, Einigkeit, unbedingtes Zusammenhalten aufgrund von gleichen Anschauungen und Zielen, und zwar dauernd und nicht nur vorübergehend.

Damit unterscheidet sich die Solidarität von der reinen Interessensvertretung, die lediglich darin besteht, sich auf ein bestimmtes eingegrenztes Ziel hin zusammenzutun; ist das Ziel erreicht, fällt auch die «Solidarität» dahin.

Wer ist solidarisch und wer mit wem?

Alle Menschen, alle Gruppen können mit- und untereinander solidarisch sein, obwohl wir in einer Welt leben, in der der Individualismus dominiert. Es können Arbeitgeber und Arbeitnehmer, Frauen und Männer solidarisch sein. Politiker und Politikerinnen, die Interessen vertreten, erscheinen oftmals als die professionellen Solidarischen. Auch Millionäre können solidarisch sein

- meistens unter sich. Die Frage nach dem Wer allein führt also nicht weiter. Entscheidend ist die Frage, wer mit wem solidarisch ist.

Mit wem solidarisieren wir uns? Die Antwort auf diese Frage ist abhängig von individuellen oder kollektiven Werten. Es ist also eine Frage der Ethik, mit wem man solidarisch ist.

Das Weltdorf

Unsere Welt ist sehr komplex und darum ist es gerade in der Ethik wichtig, sie auf das Einfache, aber Wesentliche zu reduzieren. Der Ausgangspunkt für meine persönliche Ethik ist das «Weltdorf», es ist nicht statistisch exakt, aber es trifft die Grössenordnungen. Stellen Sie sich die ganze Welt als ein Dorf mit 100 Einwohnern und Einwohnerinnen vor, das «Weltdorf».

70 von diesen 100 Menschen können nicht lesen, 1 von 100 hat Hochschulbildung, mehr als 50 von 100 leiden an Unterernährung, über 80 dieses Dorfes leben in misslichen Wohnverhältnissen. Von diesen 100 sind 25 Industrielle und die besitzen mehr als drei Viertel des Vermögens. Die anderen 75 müssen sich den restlichen Viertel teilen. Gäbe es in diesem Dorf zwei Quartiere, würden etwa 40 in einigermassen demokratischen Verhältnissen, die anderen 60 in einer Diktatur leben.

Wenn wir nun den Versuch wagen, diese Verhältnisse auf die Schweiz zu übertragen, stellen wir fest, dass wir zwar nicht alle, aber ähnliche Sorgen in unserem Land haben. Zweifellos aber auf einem anderen Niveau. Es gibt materielle und immaterielle Armut; darunter leiden mehr als 10 Prozent der Bevölkerung. Die Schweiz hat zirka 1000 Millionäre und Millionärinnen. Die anderen 6,5 Millionen Einwohner und Einwohnerinnen haben wesentlich weniger. Zirka 3 Prozent besitzen die Hälfte des schweizerischen Volksvermögens. Die anderen 97 Prozent teilen sich die andere Hälfte. Wir haben eine Demokratie, die zwar formell stark, aber praktisch schwach ausgebildet ist. Teilweise kümmern sich mehr als zwei Drittel der Stimmberechtigten nicht mehr um politische Entscheide. Auch der Zugang zu Bildungschancen ist in unserem Land nach wie vor ungleich verteilt. Dies führt uns zur nächsten Frage:

Ist unsere heutige Gesellschaft solidarisch?

Ich nehme die Antwort vorweg:

Der Mensch ist zwar ein soziales Wesen, aber in der heutigen Gesellschaftsform mehr eigennützig als solidarisch orientiert. Unsere Gesellschaft ist daher nur in kleinen Bereichen solidarisch, in weiten Teilen ist Solidarität nur Worthülse für handfeste Interessenvertretung bestimmter Gruppen.

Auch der auf den Wachstumsglauben reduzierte Begriff des Fortschritts und damit einhergehend die Ausbeutung der Natur ist das Resultat mangelnder Solidarität der Schöpfung gegenüber. Die missverstandene biblische Aufforderung «Macht Euch die Erde untertan» und die im Liberalismus wie im Sozialismus gehegte Hoffnung, mit der «Beherrschung der Natur und der Entfesselung der Produktivkräfte» würden die Menschen aus ihrer selbstverschuldeten Unmündigkeit befreit, führte nicht zu einer Solidarisierung, sondern zu einer Entsolidarisierung, zu einer Verstärkung des Egoismus und zu einer Ausbeutung der Menschen durch den Menschen.

Die Folgen dieser Entwicklung sind nun aber augenfällig. Wir haben weltweit und in der Schweiz im wesentlichen 4 dominante Verteilungsprobleme:

- Verteilungsprobleme zwischen arm und reich
- Verteilungsprobleme zwischen schwach und mächtig
- Verteilungsprobleme zwischen denen, die weniger Zugang zur Bildung haben und denen, die mehr Zugang zu Bildung haben
- Verteilungsprobleme zwischen Mensch und Natur

Der Versuch, die Welt und die Schweiz auf vier wesentliche Verteilungsprobleme zu reduzieren, soll uns auf die Frage bringen, auf welcher Seite wir stehen. Diese Frage nach der Solidarität hat vorerst jeder Mensch für sich selbst zu beantworten.

Auch wenn ich zu den formell «Mächtigen» und sogenannt «Bessergestellten» gehöre, bin ich solidarisch mit den Armen, mit den Schwachen oder wenig Mächtigen, und mit denjenigen, die schlechten Zugang zur Bildung haben. Ich bin aber auch solidarisch mit künftigen Generationen. Denn bei der Verteilung zwischen Mensch und Natur, also beim sogenannten Umweltschutz, geht es um die Bewahrung der Schöpfung und damit letztlich auch um ein Verteilungsproblem zwischen den Generationen.

Ich behaupte, der politische Standort von Politikern und Politikerinnen und der Stellenwert ihrer Solidarität lässt sich an ihrer Haltung zu diesen vier Hauptfragen ablesen. Hier ist nämlich wichtig zu wissen, wo der Mensch steht, nicht nur, wohin ein Mensch geht.

Keine Zukunft ohne Solidarität

Ich will mich mit zwei, aus meiner Optik wichtigen Formen der Solidarität befassen.

Erstens: Ich unterscheide zwischen passiver und aktiver Solidarität. Die passive Solidarität ist die Solidarität mit Worten, die bei

REDIAG

Treuhandbüro
für Heime, Kliniken und Kurhäuser

Wir helfen Ihnen bei der
Evaluation und Einführung
Ihrer EDV-Anlage

REDIAG 8500 Frauenfeld
Telefon 054 21 09 21

uns, ich nehme mich da nicht aus, weitverbreitet ist. Diese Solidarität feiert täglich Höhepunkte. Natürlich kann man auch mit Worten einiges bewirken, aber ob man damit allein die Welt verändern kann, bezweifle ich. Wir können es aber nicht bewenden lassen mit schönen Aufrufen als ethische Forderungen. Der blosse Appell an die Solidarität führt leider nicht zu fundamentalen Änderungen der Einstellung.

Die aktive Solidarität ist daher die Solidarität der Tat, das Zusammenarbeiten mit den direkt Betroffenen. «Wenn nicht alles täuscht, so wird es ohne Einübung von Solidarität kein Überleben geben, zumindest kein menschenwürdiges» (Erhard Eppler). Einüben von Solidarität braucht aber ein bestimmtes Umfeld. Unsere vor allem in den industrialisierten Staaten vorherrschenden gesellschaftlichen Verhältnisse verhindern jedoch oft aktive wirkliche Solidarität. Solidarität braucht auch Gesellschaftsreformen. Wir müssen national und international zu einem Zusammenleben finden, das nicht mehr durch das «jeder und jede für sich», sondern durch «die gemeinsame Sache als Sache eines und einer jeden» bestimmt ist. Dies ist aber nur möglich, wenn wir unsere individualistische Freiheit zurückstellen und eine «sozial gebundene Freiheit» zur Grundlage unserer Gesellschaft machen.

Zweitens: Ich unterscheide zwischen kollektiver und individueller, freiwilliger Solidarität. Je nach politischem Standpunkt schwören die einen darauf, dass nur die individuelle, freiwillige Solidarität wichtig, echt, wahr, einzig und zentral sei. Die Solidarität sei ein Begriff von individuellem Wert, es sei problematisch, einen solchen Grundsatz individueller Moral auf das Kollektiv zu übertragen. Solidarität gehöre gar nicht auf die Ebene der Politik, des Öffentlichen, sondern müsse etwas Individuelles bleiben. Die Hilfsbereitschaft, der echte Gemeinsinn würden sonst zerstört; das Zwischenmenschliche gehe verloren. Echte Solidarität setze Freiwilligkeit voraus.

Meines Erachtens ist Solidarität in keiner Art und Weise zwingend mit Freiwilligkeit und Individualität verbunden. Allerdings kann freiwillige Solidarität einen höheren Stellenwert haben als die kollektive Solidarität. Die kollektive, oder treffender ausgedrückt, die sozialstaatliche Solidarität ist heute aber zentral und wichtig geworden. Für die Entwicklung der heute erforderlichen solidarischen Gesellschaft ist es jedoch notwendig, die Ungleichheit in den Lebenschancen zu beseitigen.

Die kollektive sozialstaatliche Solidarität leistet dazu einen grossen Beitrag. Das ist auch nicht schlecht. Gerade wir Schweizer und Schweizerinnen sind ja nicht in eine «Zwangsgemeinschaft» Schweiz eingebunden, sondern haben uns in der Verfassung unter anderem zum Ziel gesetzt, «die **gemeinsame** Wohlfahrt zu fördern». Ein paar Stichworte dazu: Sozialversicherung, Steuern, Bildungssystem, Rechtsstaat, gleiche Rechte. Alles Problemkreise, die Ansätze zu einer solidarischen Gesellschaft enthalten.

Zwar hört man gerade von Verfechtern der liberalen Staatsidee, dass mehr Staat keine Lösung bringe. Aber es ist eine umumstössliche Tatsache, dass sich viele Solidaritäten nur über den Staat verwirklichen lassen. Nur der Staat kann einen Rechtsanspruch gewähren, der für die Durchsetzung der Solidarität häufig nötig ist. So betrachtet ist kollektive, sozialstaatliche Solidarität organisierte Solidarität, organisiert von der Mehrheit der Stimmenden, in diesem Sinne ist staatliche Entwicklungspolitik und Sozialpolitik «organisierte Menschlichkeit». Ich stehe zu diesem Ausdruck, auch wenn er vielleicht auf den ersten Anhieb fremd wirkt. Durch unsere Steuergesetze können wir Einkommen und Vermögen umverteilen und damit Solidarität organisieren oder den Reichtum schützen (Entsolidarisierung).

Die Aufgabe des Politikers oder der Politikerin ist es, diese Solidarität zu gestalten. Wenn es darum geht, die solidarische Gesell-

schaft zu organisieren, dann macht das jeder und jede nach eigenen, individuellen Wertvorstellungen, aber letztlich kommt es zu mehrheitsfähigen Werten. Gesetze sind das Hauptinstrument, um diese Solidarität durchzusetzen.

Dabei gibt es wesentliche Hindernisse auf dem Weg zur Solidarität. Gerade in unseren Ländern, wo der Wohlstand sehr hoch ist, hat Solidarität oft einen kleinen Stellenwert. Der materiell gesicherte Mensch hat wenig soziale Phantasie. Der immer wieder gehörte Beweggrund ist die Angst, dass von einer solidarischen Gesellschaft die Falschen profitieren, eben solche, die die Solidarität gar nicht brauchen, oder die Solidarität missbrauchen. So wirkt die Sozialgesetzgebung oftmals nicht gestaltend, sondern ist akribisch darauf bedacht, den Missbrauch zu verhindern. Statt aktive Sozialpolitik und mehr Solidarität produzieren wir damit nur mehr Verwaltung und Bürokratie.

Zusammenfassende Forderungen

- Ich wünsche mir und Ihnen, dass wir nicht Redner und Rednerinnen, sondern Täter und Täterinnen auf dem Gebiet der Solidarität werden. Solidarität ist selten eine Sache der Worte, aber fast immer eine Sache der Taten. Mit reinen Appellen können wir Einstellungen kaum verändern.
- Wenn wir Solidarität üben wollen, muss jemand da sein, der bereit ist, auf etwas zu verzichten. Solidarität ist nie gratis, und ohne dass jemand auf etwas verzichtet, kann es auch keine solidarische Gesellschaft geben.
- Wir müssen uns anstrengen, wieder eine Kultur der Solidarität zu schaffen, eine Kultur, die man lernen muss. Wir alle müssen

- lernen, wie man solidarisch handelt. Solidarität muss eingeübt werden.
- Solidarität muss sich letztlich an der Nützlichkeit messen lassen. Nur guter Wille und Motivation reichen nicht. Massnahmen müssen das Ziel auch erreichen. Für die Solidarität ist also nicht die Motivation entscheidend, sondern das Ergebnis beim Empfänger oder der Empfängerin. Wer hilfebedürftig ist, fragt zum Beispiel nicht, ob die Steuerzahlenden das freiwillig, lustlos oder sogar unwillig tun. Entscheidend ist, was wir mit dem Steuergeld machen.
- Für mich selbst ist entscheidend, ob ich etwas mache, um das «Weltdorf» zu verändern. Was mache ich, um eine gerechte Verteilung zu erleichtern, die gerechte Verteilung von Macht, Wohlstand, Bildungsmöglichkeiten und Zukunftschancen?

Schluss

Marcuse hält in der zitierten Schrift fest: Die Utopisten lassen sich also danach scheiden, wieviel von der gegenwärtigen Misere sie noch in ihre glückliche Gesellschaft mitschleppen, und sie scheiden sich zweitens in der Antwort auf die Frage, wer diesen Weltzustand beenden und die glückliche Gesellschaft herbeiführen soll. *Plato* antwortete: Die Herrschenden, **nachdem** sie weise und gut geworden sind. An diesem «nachdem» scheiterte bisher sein Vorschlag. *Marx* antwortete: Das siegreiche Proletariat **nachdem** es gerecht geworden ist. Eigentlich sagte er es nicht genau so, vielmehr setzte er stillschweigend voraus, dass das zur Herrschaft gekommene Proletariat nicht mehr unterdrücken will und nicht mehr unterdrückt werden wird. Diese stillschweigende Voraussetzung erwies sich aber als ebenso problematisch wie das platonische «**nachdem**».

